



PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



skei



Erklärung der Wiener Memorandum Gruppe

Wien, 3. März 2026

Ein starker EU-Binnenmarkt durch und für die Beschäftigten

Die Welt ist in Aufruhr und dies betrifft in besonderem Maße die exportorientierten Länder der Wiener Memorandum-Gruppe. Durch die USA und China entstehen immer neue Herausforderungen – sei es durch Trumps unberechenbare Zollpolitik oder durch Chinas Aufstieg vom Nachahmer zur globalen Supermacht durch massive staatliche Subventionen vor allem in grünen Spitzentechnologien (Batterien, Solaranlagen, E-Mobilität), aber auch in Maschinenbau und Robotik dominieren chinesische Anbieter und haben ihre europäischen Konkurrenten abgehängt.

Die „Zwillingstransformation“ – die digitale und grüne – Wende, die der EU seit 2019 mit dem Europäischen Green Deal als Leitplanken für die eigene Politikausrichtung gedient haben, werden zunehmend von Debatten rund um (fehlende) Wettbewerbsfähigkeit Europas, Technologierückstand und geopolitische Konflikte überlagert. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine, aber auch geopolitische Veränderungen (Sorge um geringere Unterstützung der europäischen NATO-Mitgliedsländer durch USA, u.a. ausgelöst durch Ankündigungen Trumps Grönland zu besetzen), werden als Argumente für massive Aufrüstungsprogramme der EU angeführt.

Der Hintergrund, vor dem sich diese Entwicklungen vollziehen, ist eine neue Produktionsstruktur, die die neoliberale Globalisierung seit den 1980er-Jahren hervorgebracht hat. Durch Produktionsverlagerungen und Auslagerungen von Tätigkeiten sind globale Wertschöpfungsketten entstanden, die Lohndumping ermöglicht und Europa von Importen und Exporten abhängig gemacht hat. Die zunehmend angespannte Lage am Weltmarkt stellt dieses Wachstumsmodell nun auf die Probe.

Die Industrie in den Ländern der Wiener Memorandum-Gruppe befindet sich in einer besonders schwierigen Lage. Das liegt an der großen Bedeutung der Auto(zuliefer)industrie und dem relativ hohen Anteil an energieintensiven Industrien. Letztere sind durch die Herausforderungen der Dekarbonisierung in Kombination mit der – durch das Merit Order-Prinzip verschärften – Energiepreiskrise ins Straucheln geraten. In Ungarn hat das letzte Stahlwerk schon geschlossen und seine Zukunft ist ungewiss, in

der Tschechischen Republik in Ostrava ist das größte Hüttenwerk Liberty Steel, das 5000 Mitarbeiter beschäftigt, aufgrund hoher Schulden und Produktionseinstellungen seit 2024 in Insolvenz und bedroht. Auch in Deutschland, der Slowakei, Slowenien und Österreich leidet die Grundstoffindustrie. Dabei ist sie für selbstbestimmte industrielle Entwicklung unabdingbar.

Die Auto(-zuliefer-)industrie in Zentral- und Zentralosteuropa wiederum hat zusätzlich zur Herausforderung der Transformation noch jene des Zickzackkurses der Politik hinzubekommen. Das kürzliche „Aus vom Verbrenneraus“ hat erneut die fehlende Planungssicherheit für Unternehmen aufgezeigt. Große Anstrengungen in Form von Investitionen und Fachkräfteausbildung werden so zum Risiko. Dies wiederum wirkt entlang der Lieferkette. Eine schwächelnde Nachfrage der deutschen Autoindustrie wirkt auch auf die Zulieferer in anderen Staaten der Wiener Memorandum-Gruppe. Zum Beispiel ist die ungarische Batterieproduktion durch den sinkenden Umsatz bei E-Autos negativ betroffen.

Auf EU-Ebene werden zwar seit eineinhalb Jahren Debatten rund um fehlende Investitionen und um Wettbewerbsfähigkeit geführt. Zugleich sollen die Probleme durch eine „Nicht“-Strategie gelöst werden, nämlich durch Entbürokratisierung zur angeblichen Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Dahinter verbirgt sich aber kein Abbau von administrativen Hindernissen, sondern von Arbeits- und Umweltstandards. Dabei wäre es dringend nötig, dass wir von einem inputorientierten Blick auf Wettbewerbsfähigkeit, bei der vor allem der (niedrige) Preis zählt, zu einer qualitativen Begriffsdefinition kommen, die Innovation ermöglichen möchte und die auch die Stabilität, die gut ausgebaute Bildungs- und Sozialsysteme bringen, wertschätzt. Als Gewerkschaften fordern wir eine „High road“-Strategie, die innovative Wettbewerbsfähigkeit mit hoher Produktqualität, hohem Lebensstandard, guten Arbeitsbedingungen und einer intakten Umwelt verknüpft.

Nur wenn wir in Europa zusammenhalten, können wir die aktuelle Lage zum Besseren wenden. Wir brauchen eine gemeinsame Antwort, die bestehende Konflikte im Sinne der Beschäftigten und der Verbraucher:innen deeskaliert und die Krise der europäischen Industrie durch Investitionen in zivile Produktion löst.

Die Gewerkschaften des Wiener Memorandums fordern deshalb die Europäische Kommission und ihre nationalen Regierungen auf, sich auf die Stärkung des EU-Binnenmarktes zu konzentrieren, anstatt äußere Feindbilder zu schüren. Im Zentrum stehen sollte dabei unser aller Wohlstand und die Versorgungssicherheit mit strategisch wichtigen Gütern.

Unsere Stärke ist, dass hohe Wertschöpfungstiefe mit hohen Umwelt- und Sozialstandards einhergeht. Wir müssen unsere Produktion – und damit Arbeitsplätze – in Europa durch eine „Made in Europe“-Strategie stärken, die einen Mindestanteil an lokaler Wertschöpfung vorschreibt. Dringend nötig ist aber, dass jedes „Made in Europe“-

Etikett auch die Einhaltung sozialer Auflagen erfordert. Lokale Wertschöpfung darf nur belohnt werden, wenn sie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze absichert und gute Arbeitsbedingungen einschließt.

Eine Stärkung der Industrie darf aber nicht nur produktionsseitig ansetzen. Es muss dringend auch die Nachfrage im Binnenmarkt gestärkt werden. Der Wirtschaftskreislauf funktioniert nur, wenn das Produzierte auch Absatz findet. Dafür müssen ausreichend hohe Lohnabschlüsse die Kaufkraft stützen. Um das Lohngefälle zwischen den Ländern der Wiener Memorandum Gruppe zu verringern, ist die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie mit der Stärkung von Branchenkollektivverträgen ein wichtiges Ziel.

Der Binnenmarkt ist nicht nur eine Zoll- und Wirtschaftsunion. Seine Stärke erhält er durch den unablässigen Einsatz der Beschäftigten. Unsere Fachkräfte verfügen über herausragende Fertigkeiten und umfassendes Erfahrungswissen, das sie einander im Betrieb weitergeben. Die Beschäftigten sind das Herz unserer Wettbewerbsfähigkeit. Um ihre Fähigkeiten voll entfalten zu können, brauchen sie neben einer hervorragenden Ausbildung auch ein Arbeitsumfeld, das von guten Arbeitsbedingungen, hohen Löhnen und Stabilität geprägt ist. Hier gilt es anzusetzen, wenn Europa die Technologieführerschaft in strategisch wichtigen Bereichen (zurück-)erobern will.

Je stärker der EU-Binnenmarkt ist, je enger und tiefergehender die Verflechtungen in Europa sind, desto mehr können globale Abhängigkeiten verringert werden. Schon jetzt sind für die Länder des Wiener Memorandum die anderen EU-Länder die weit wichtigsten Handelspartner. Diesen Zusammenhalt gilt es zu stärken, aber nicht durch Deregulierung auf Kosten der Beschäftigten, sondern durch deren Einbindung und Beteiligung zu einem innovativeren und wieder aufblühenden Europa.

Die Gewerkschaften des Wiener Memorandums halten fest, dass der EU-Binnenmarkt nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Beschäftigten da sein muss. Ihre Rechte und Arbeitsplätze müssen im Zuge von Betriebsfusionen und Umstrukturierungen geschützt werden. Der Binnenmarkt darf in keiner Weise Druck auf die Lohnhöhe in Zentral- und Osteuropa ausüben. Europäische Gewerkschaften wollen, dass Investitionen mit sozialer Verantwortung verknüpft werden und dass sich Unternehmen zu Investitionen in Europas Regionen verpflichten. Für die Gewerkschaften unserer Region ist eine "Just Transition", ein sozial gerechter Strukturwandel, von zentraler Bedeutung. Wir fordern deshalb eine stärkere institutionelle Einbindung der Sozialpartner. Um die EU-Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ist es nötig, den Fokus nicht nur unmittelbar auf Energiepreise zu legen, sondern auch auf die Emissionszertifikate. Wir brauchen einen wahrhaft regionalen Markt, ohne regionale Unterschiede im EU-Raum. Das Ziel der Gewerkschaften muss "Ein Europa, ein Markt", aber auch "Ein Europa, ein Niveau des sozialen Schutzes" sein.



Reinhold Binder

Vorsitzender PRO-GE



Horst Ott

Bezirksleiter IG Metall Bayern



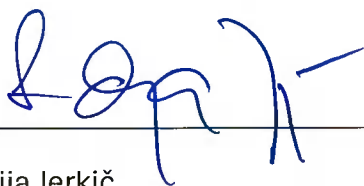
Monika Benedekova

Vorsitzende OZ KOVO



Roman Ďurčo

Vorsitzender OS KOVO



Lidija Jerkič

Vorsitzende SKEI



Livia Balogh

Vorsitzende VASAS